



Innenministerium | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Per E-Mail

Landräte der Kreise
und Oberbürgermeister/in (Bürgermeister)
der kreisfreien Städte

Ausländerbehörden

Landesamt für Ausländerangelegenheiten
Schleswig-Holstein
Haart 148

24539 Neumünster

Außenstelle Lübeck

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: IV 603-212-29.136
Meine Nachricht vom: 21.02.2008

Anita Hildebrandt
Anita.Hildebrandt@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3267
Telefax: 0431 988-3290
PC-Fax: 0431 988-6143267

04.03.2008

Ausländerrecht; Passrechtliche Behandlung von kosovarischen Staatsangehörigen

Am 20. Februar 2008 hat die Bundesrepublik Deutschland die Republik Kosovo als eigenständigen Staat innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft anerkannt, nachdem das kosovarische Parlament am 17.02.2008 die Unabhängigkeit des Kosovo proklamiert hatte.

Aufgrund der Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland sind im Bundesgebiet lebende Kosovaren nicht mehr an die serbischen Auslandsvertretungen zu verweisen.

Vorbehaltlich einer weiteren Klärung geht auch das Bundesministerium des Innern davon aus, dass die bisher gültigen serbischen Pässe zumindest für eine Übergangszeit noch als ausreichend anzusehen sind, um der aufenthaltsrechtlichen Passpflicht im Bundesgebiet zu genügen.

Ungeachtet dessen bestehen auch aus der Sicht des Bundesministeriums des Innern keine Bedenken, wenn bis auf weiteres dem betroffenen Personenkreis ein Ausweisersatz (§ 3 Abs. 1 S. 2, § 48 Abs. 2 AufenthG) mit einer maximalen Gültigkeitsdauer von sechs Monaten erteilt wird. Im Einzelfall kann aus begründetem Anlass oder zur Vermeidung von Härtefällen ein Reiseausweis für Ausländer (§ 5, § 6 AufenthV) mit einer Gültigkeitsdauer von bis zu sechs Monaten ausgestellt werden.

Diesen Empfehlungen schließe ich mich an.

Nach Information des Bundesministeriums des Innern können mit dem Reiseausweis für Ausländer auch Reisen, Rückführungen und freiwillige Rückkehr in die Republik Kosovo durchgeführt werden. Die kosovarische Grenzpolizei soll erklärt haben, dieses Dokument für die Einreise anzuerkennen.

gez.
Anita Hildebrandt